

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 95. Ratssitzung vom 13. Mai 2020

2448. 2017/376

Weisung vom 01.04.2020:

Dringliche Motion der AL Fraktion betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/376.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Wir schätzen, dass in der Stadt Zürich zwischen 10 000 und 14 000 Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus leben. Mit dieser Motion möchten wir den Gesundheitsstatus dieser Menschen überprüfen und wo möglich, weiter verbessern. Die Bearbeitungsfrist läuft am 27. Juni 2020 ab und wir beantragen die Fristverlängerung um ein Jahr. Seit Anfang Jahr beschäftigt die Pandemie das Gesundheitsdepartement (GUD) und die städtischen Gesundheitsdienste unter Direktor Morten Keller, der auch Leiter des Pandemiestabs der Stadt Zürich ist. Wir möchten mit der Motion aufzeigen, wo es weitere Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Wir sind bereits relativ weit in der Erledigung dieses Konzepts, mit dem wir gemeinsam mit verschiedenen Stakeholdern Lücken und mögliche Optimierungen prüfen. Wir überprüfen selbstverständlich auch das Genfer Modell und vergleichen die Unterschiede zu der Option, die wir in der Stadt Zürich haben. Die nächsten Massnahmen werden stadintern die Erstellung eines Handlungskatalogs und entsprechender Programme sein, die neben Massnahmen auch Preise aufzeigen. Das Ziel ist es, einen möglichst realitätsnahen Umgang mit den Sans-Papiers zu haben und die betroffenen Menschen auch gesundheitlich zu versorgen.*

Walter Anken (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *Die SVP lehnt die Fristerstreckung ab. Wir lehnten bereits die ursprüngliche Motion ab. Aus unserer Sicht muss sich der Stadtrat an die Fristen halten – genau gleich wie Private das auch müssen. Wir sehen nicht ein, weshalb im Budget jährlich mehr Stellen beantragt werden.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *Wir sind uns bewusst, dass die städtischen Gesundheitsdienste viel geleistet haben. Das Gesundheitspersonal bewältigte die Pandemie grösstenteils sehr gut und die Entwicklung verlief im Vergleich zu anderen Ländern glimpflich. Uns ist bewusst, dass diese Leistung nicht ohne die Arbeit der Stadtverwaltung und des Stadtrats im Hintergrund hätte erbracht werden können. In diesem Sinne haben wir*

2 / 3

durchaus auch als Motionäre ein gewisses Verständnis für die Verschiebung der Frist. Uns bereitet der Zeithorizont gerade in dieser Thematik aber Mühe. Die Erfahrung anderer Länder zeigt, dass einer der springenden Punkte, die Pandemie zu kontrollieren, ist, den Menschen, die bis anhin keine gesundheitliche Versorgung hatten, eine Versorgung zu ermöglichen. Das war der Fall in Genf, wo mittels Notrecht der Zugang zum Gesundheitssystem gewährt wurde, und Singapur, wo ein zweiter Lockdown nötig war, weil man anfangs Menschen vom Gesundheitssystem ausschloss. Wir wissen, dass der Stadtrat in Zürich mit Notrecht die Kosten der Behandlung der Sans-Papiers übernahm. Wir sind uns auch bewusst, dass das Konzept für die Weisung steht. Wir trafen uns mehrfach mit dem Stadtarzt und seinem Team und sind zuversichtlich, dass der Stadtrat innerhalb weniger Wochen die – im Vergleich minimalen – finanziellen Konsequenzen so evaluieren kann, dass die Weisung innerhalb von sechs Monaten rechtzeitig behandelt werden kann. Als Präsident der Spezialkommission des Gesundheitsdepartements kann ich Ihnen garantieren, dass die Kommission willig ist, sich ins Zeug zu legen, damit der Stadtrat vor einer zweiten Welle ein griffiges Konzept in der Hand hat und nicht von Not-situation zu Notsituation regieren muss. Im Fall der Fälle, dass die zweite Welle in Juni oder Juli kommen würde und der Stadtrat die sechsmonatige Frist nicht einhalten könnte, sind wir selbstverständlich bereit, die Frist zu verlängern.

Die Frist zur Erfüllung der am 27. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/376, der AL Fraktion vom 1. November 2017 betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, wird um zwölf sechs Monate bis zum 27. Juni 2021 Dezember 2020 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. David Garcia Nuñez (AL) mit 65 Stimmen zu.

Abstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 27. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/376, der AL Fraktion vom 1. November 2017 betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, wird um sechs Monate bis zum 27. Dezember 2020 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat